

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

14. April 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 07.04.14 starben im Distrikt Maiwand der südafghanischen Provinz Kandahar mindestens 15 Zivilisten, als ihr Fahrzeug auf einen an der Straße versteckten Sprengsatz fuhr. Vier Zivilpersonen wurden verletzt.

Wahlen

Nach Angaben der Wahlbeschwerdekommission gingen in der vergangenen Woche etwa 1.900 schriftliche Beanstandungen ein. Nach der Auszählung von etwa 10 % der abgegebenen Stimmen liegt der ehemalige Außenminister Abdullah Abdullah knapp vor dem ehemaligen Finanzminister Ashraf Ghani Ahmadzai. Sollte sich dieser Trend bestätigen, käme es zu einer Stichwahl. Ein vorläufiges Endergebnis soll am 24.04.14 verkündet werden.

Pakistan

Anschläge

Am 08.04.14 wurde ein Bombenanschlag auf einen Zug in der Provinz Balochistan verübt. Dabei starben mindestens zwölf Menschen, etwa 40 erlitten Verletzungen. Auf einem Markt in einem Vorort der Hauptstadt Islamabad wurden am 09.04.14 bei einer Bombenexplosion mindestens 23 Menschen getötet und etwa 100 verletzt. Noch ist unklar, wer für den Anschlag verantwortlich ist. Die Taliban (TTP) streiten eine Beteiligung ab.

Kämpfe in Nordwestpakistan

Am 06.04.14 brachen in Südwestpakistan Kämpfe zwischen zwei verfeindeten Gruppen aus, bei denen bisher 43 Personen ums Leben kamen. Beide Gruppierungen sind Mitglieder der Taliban-Dachorganisation Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP).

Irak

Sicherheitslage

Nach Zählung von Iraq Body Count wurden im April (Stand: 13.04.14) bisher 417 Zivilpersonen getötet. Die Nachrichtenagentur AFP zählte im April (Stand: 12.04.14) bisher 309 getötete Personen, davon 23 Polizisten, 25 Soldaten, vier Mitglieder der Sahwa und 152 Extremisten. So starben allein am 13.04.14 bei Terroranschlägen und Angriffen auf die Sicherheitskräfte landesweit 37 Menschen. Insbesondere waren Kirkuk, Mosul (Provinz Ninive) und Baquba (Provinz Diyala) betroffen.

Anschlagsserie in Bagdad

Am 08.04.14 starben bei mehreren Anschlägen mindestens 15 Menschen. Am 09.04.14 forderte eine Serie von Terroranschlägen mindestens 21 Todesopfer. Mehr als 55 Menschen sollen verletzt worden sein. Die meisten Sprengsätze explodierten in mehrheitlich von Schiiten bewohnten Vierteln.

Auseinandersetzungen zwischen Armee und Islamisten

Nahe Bagdad hat am 08.04.14 die irakische Armee eigenen Angaben zufolge 25 Kämpfer der Gruppe Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIL/ISIS) getötet, als diese einen Militärstützpunkt angriffen. Laut Pressemeldung kam es am 11.04.14 im Süden der Stadt Ramadi zu Gefechten zwischen Islamisten und der irakischen Armee. Lt. dpa-Meldung vom 13.04.14 kamen bei Kämpfen zwischen der Armee und mutmaßlichen Islamisten in der Provinz Anbar vier Soldaten und ein Zivilist ums Leben.

Anschlag auf Wahlhelfer

In der Provinz Salahaddin wurden am Abend des 08.04.14 zwei Wahlhelfer durch Schüsse verletzt. Es soll sich um Angehörige des Wahlkampfteams der Al-Wataniya-Liste von Ex-Ministerpräsident Ijad Allawi handeln. Die Täter konnten fliehen.

Attentate auf sunnitische Politiker

Am 11.04.14 wurden bei einem Attentat auf den irakischen Vize-Regierungschef Salih al-Mutlak (Sunnit) mehrere Leibwächter verletzt. Bei einem Anschlag auf den Konvoi von Parlamentspräsident Osama al-Nujaiifi (Sunnit) am 13.04.14 nahe Kirkuk gab es keine Opfer.

Disqualifizierung von Kandidaten

Laut Pressemeldung disqualifizierte die Wahlkommission zwei Kandidaten, weil sie bei Veranstaltungen extreme Ansichten geäußert hätten. Gegen 14 Parteien seien Bußgelder verhängt worden sein, weil sie gegen die Regeln für einen fairen Wahlkampf verstoßen hätten. In Irak sollen am 30.04.14 Parlamentswahlen stattfinden.

Syrien

Giftgasangriff in Provinz Hama

Am 11.04.14 soll es in der Stadt Kafarsita in der Provinz Hama einen Giftgasangriff gegeben haben, für den Regierung und Opposition sich gegenseitig verantwortlich machen. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte teilte mit, es seien von Kampfflugzeugen der Regierung Sprengstofffässer abgeworfen worden, die „dichten Rauch und Gerüche“ verbreitet hätten. Das syrische Staatsfernsehen berichtete, Rebellen der Jabhat al-Nusra hätten „giftiges Chlor“ eingesetzt. Es soll zahlreiche Verletzte und mindestens zwei Tote gegeben haben. Die Angaben können nicht von unabhängigen Stellen überprüft werden. Nachdem im August 2013 in Damaskus ca. 1.400 Menschen bei einem Giftgasangriff ums Leben kamen, stimmte der syrische Präsident Assad auf internationalem Druck der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen bis zum 30.06.14 zu. Beim Abtransport der Waffen kam es zu Verzögerungen.

Anhaltender Bürgerkrieg

In den vergangenen Tagen soll die Heftigkeit des Bürgerkrieges wieder zugenommen haben. In Aleppo kam es zu den schwersten Kämpfen seit Mitte 2012. Die Rebellen strebten die Einnahme der Geheimdienstzentrale im Stadtteil Sahra an, Flugzeuge der Regierung warfen Fassbomben über Wohnvierteln ab. In Homs sollen bei der Explosion von zwei Autobomben am 10.04.14 in einem von der Regierung kontrollierten Viertel 25 Menschen getötet und 107 verletzt worden sein. Regierungstruppen und Kämpfer der mit ihnen verbündeten Hizbollah sollen mit Rankus den letzten von Rebellen gehaltenen größeren Ort in der gebirgigen Region Qalamoun im Grenzgebiet zum Libanon eingenommen haben. In diesem Gebiet führten die Regierungstruppen seit November 2013 eine Offensive gegen die Rebellen durch. Die Regierungsseite konnte Versorgungsrouten der Opposition aus dem Libanon kappen und wichtige Schnellstraßenverbindungen sichern.

Jesuitenpater in Homs erschossen

Am 07.04.14 gegen acht Uhr wurde der 75-jährige niederländische Jesuitenpater Frans van der Lugt in Homs nach einem Einbruch in das Konvent der Jesuiten auf die Straße gezerrt, geprügelt und mit zwei Schüssen in den Kopf exekutiert. Der Wächter der örtlichen Rebelleneinheit wurde verletzt. Van der Lugt hatte in den achtziger Jahren auf Ackerflächen außerhalb von Homs einen therapeutischen Bauernhof mit Gemüse- und Weinanbau gegründet, auf dem Jugendliche mit seelischen Problemen lebten und arbeiteten. Seit dem Jahr 2000 wohnten auch vierzig geistig Behinderte in der Einrichtung. Das Motiv für die Tat, die auf von den Rebellen kontrolliertem Gebiet stattfand, ist nicht bekannt. Vor dem Bürgerkrieg gab es in Homs zehn Kir-

chen und 60.000 Christen. Die Altstadt wird seit Frühjahr 2012 belagert. Die Stadtviertel sind zu großen Teilen zerstört, viele Menschen sind geflohen, so dass dort jetzt lediglich noch 66 Christen leben.

Gefechte zwischen Rebellengruppen

Nachdem sie das Umland der Stadt Bukamal (Provinz Deir ez-Zor, Erdölvorkommen) von Regierungstruppen erobert hatten, lieferten sich Rebellengruppen heftige Gefechte untereinander um die Kontrolle über den Bereich. Bei Kämpfen zwischen ISIL (Islamischer Staat im Irak und in der Levante) und Jabhat al-Nusra soll es mehr als 50 Tote gegeben haben.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Israelischer Minister fordert Siedlungsverstaatlichung/Wirtschaftssanktionen beschlossen

Der israelische Wirtschaftsminister und Vorsitzende der Siedlerpartei „HaBayit HaYehudi“ („Jüdisches Heim“), Naftali Bennett, hat Ministerpräsident Netanyahu in einem Brief aufgefordert, die größeren Siedlungsblöcke im Westjordanland in den israelischen Staatsverband aufzunehmen. Bennett begründete seinen Vorstoß mit den „einseitigen Schritten“ der Palästinenser, berichtete das Internetportal Ynet am 09.04.14. Als Antwort auf die diplomatische UN-Initiative der Palästinenser (vgl. BN v. 07.04.14) müsse Israel Schritte einleiten, seine staatliche Souveränität auf Gebiete in „Judäa und Samaria“ (Westjordanland) auszuweiten, die unter israelischer Kontrolle stünden. Überdies beschloss das Kabinett am 10.04.14 Wirtschaftssanktionen gegen die Palästinenser.

Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Polizei auf Tempelberg

Während sich in Jerusalem viele Christen zur traditionellen Palmsonntags-Prozession vom Ölberg zur Altstadt versammelt hatten, kam es am Tempelberg zu heftigen Zusammenstößen zwischen Palästinensern und der israelischen Polizei. Bei Öffnung des „Marokkaner-Tors“, das als Zugang für Nichtmuslime dient, wurden laut Polizeiberichten die Beamten mit Steinen und Brandsätzen beworfen. Die Lage auf dem Tempelberg, einer der heiligsten Stätten des Judentums und des Islam, ist wegen der Agitation religiöser Fanatiker momentan sehr angespannt. Im Vorfeld des jüdischen Passahfestes, das in diesem Jahr mit der Karwoche und Ostern zusammenfällt, haben Ultranationalisten dazu aufgefordert, in großer Zahl auf dem Berg zu beten. Die Ultranationalisten wollen an der Stelle des Felsendoms einen dritten jüdischen Tempel errichten. Der jüdische Großrabbiner untersagt den Besuch des Tempelbergs aus religiösen Gründen.

Jemen

Attentat auf führenden Politiker

Bei einem Attentat auf das führende Mitglied der jemenitischen al-Haqq-Partei, Ismail al-Wasir, sind zwei seiner Begleiter getötet worden. Er selbst wurde mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht, wie lokale Medien am 08.04.14 berichteten. Die Angreifer konnten entkommen.

Iran

Weniger Frauen sollen Medizin studieren/Fächerwahl für Frauen eingeschränkt

Da mittlerweile fast 70 % der Medizinstudenten Frauen sind, will das Gesundheitsministerium deren Quoten senken, sagte Vizeminister Amir Hussein Siaei am 08.04.14 der Tageszeitung „Shargh“ („Osten“: renommierte Reformerzeitung). Das Land brauche Ärzte in Dörfern, wo keine Frauen arbeiten würden, so Siaei. Das System müsste daher geändert werden. Immer mehr Frauen – und immer weniger Männern – gelingt der Zugang zu den Universitäten. Frauen stellen inzwischen über 60 % der Studenten. Trotz Kritik will die Regierung dies ändern, da die graduierten Frauen in vielen Bereichen nicht eingesetzt werden können. Im Vorjahr wurde beschlossen, dass Frauen an mindestens 36 Universitäten und in über 75 Fächern auf Diplom- und Magister-Level, insbesondere Ingenieurfächern, nicht mehr studieren dürfen.

Ägypten

Mögliche weitere Massenprozesse

Am 12.04.14 überwies die Staatsanwaltschaft in Kairo die Fälle von etwa 300 Studenten der al-Azhar-Universität an ein Strafgericht zur Prüfung der Anklagen. Die Beschuldigten sollen sich in der Zeit zwischen Oktober 2013 und März 2014 an Demonstrationen von Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi beteiligt haben, bei denen es zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften gekommen war.

Mubarak aus Gefängnis entlassen

Hosni Mubarak, der im Jahr 2011 gestürzte Präsident, wurde am 13.04.14 aus dem Gefängnis entlassen und mit einem Hubschrauber in ein Militärkrankenhaus in Kairo geflogen. Dort steht der 85-Jährige unter Hausarrest.

Repressionen gegen Journalisten

Der ägyptische Staat geht mit Härte gegen kritische Journalisten vor. Seit August 2013, nachdem die Lager von Demonstranten, die die Wiedereinsetzung Mursis als Präsident gefordert hatten, gewaltsam aufgelöst worden waren, sollen Dutzende Journalisten verhaftet worden sein.

Bereits im Dezember 2013 nahmen die Sicherheitsbehörden Mitarbeiter des katarischen Senders Al Jazeera fest. Derzeit sind in Kairo 20 Personen angeklagt (darunter vier Ausländer), von denen acht (darunter ein Australier) vor Gericht stehen. Gegen die Übrigen wird in Abwesenheit verhandelt. Den Angeklagten wird u.a. vorgeworfen, Videoaufnahmen gefälscht zu haben, um eine „terroristische Organisation“, d. h. die Muslimbruderschaft, zu unterstützen. Nach Angaben von Al Jazeera seien nur neun der Angeklagten für den Sender tätig gewesen. Bei fünf der acht Personen, die vor Gericht stehen, soll es sich um Studenten handeln, die Informationen geliefert hätten.

Nach Angaben von Journalistenverbänden sei auch die Gefahr für Journalisten, in Ägypten bei der Berichterstattung verletzt oder getötet zu werden, extrem gestiegen. Armee, Muslimbrüder und Bürger würden Journalisten angreifen. Innerhalb eines Jahres seien zehn Journalisten getötet worden, fast alle durch Kopfschüsse.

Algerien

Amnesty International (AI) kritisiert Verletzung der Meinungsfreiheit

Im Vorfeld der Präsidentenwahl am 17.04.14 hat AI massive Einschränkungen der Meinungsfreiheit beklagt. Die Behörden hätten den Druck auf Regierungsgegner erhöht und gezeigt, dass sie öffentliche Kritik in keiner Hinsicht dulden werden. Jegliche Versuche, die Führung herauszufordern, würden „im Keim erstickt“, erklärte AI. Dies stelle die Wahl bereits jetzt infrage. Staatschef Bouteflika (77) gilt trotz schwerer Gesundheitsprobleme als Favorit.

Unruhen vor Präsidentschaftwahl

Bei Konflikten zwischen verschiedenen Stämmen wurden am 13.04.14 zwei Menschen getötet und 30 verletzt. Die Stämme streiten über religiöse Unterschiede, knappe Ressourcen und die Frage, ob Präsident Bouteflika für eine vierte Amtszeit unterstützt werden soll.

Nigeria

Boko Haram: Viele Tote bei Angriffen im Bundesstaat Borno

Am 13.04.14 attackierten Bewaffnete im nordöstlichen Bundesstaat Borno das Dorf Kaigamari (Konduga Local Government Area, LGA) und töteten acht Menschen. Bei einem Angriff am 12.04.14 auf das Dorf Ngoshe (Gwoza LGA) kamen etwa 30 Menschen um. 60 Menschen starben am 12./13.04.14 in der Bama LGA bei einem Angriff auf die Ortschaft Amchaka und umliegende Dörfer. Am Morgen des 10.04.14 wurde eine Lehrerausbildungsstätte in der Stadt Dikwa (Hauptsitz der gleichnamigen LGA) angegriffen. Bis zu sechs Lehrer und zwei Sicherheitskräfte wurden getötet. Mehrere Frauen sollen entführt worden sein. Alle Angriffe werden der islamistischen Organisation Boko Haram zugeschrieben.

DR Kongo

Über 3.600 Vergewaltigungen durch Rebellen und Sicherheitskräfte

Am 09.04.14 veröffentlichte das Menschenrechtsbüro der UN (UNJHRO) einen Bericht zum „Fortschritt und den Hindernissen im Kampf gegen die Straflosigkeit bei sexueller Gewalt in der DR Kongo“. Danach wurden von Januar 2010 bis Dezember 2013 vom UNJHRO 3.635 Opfer sexueller Gewalt in ganz Kongo registriert. Jedoch sei von einer weit höheren Dunkelziffer auszugehen. Bewaffneten Gruppen werden 1.820 und staatlichen Kräfte 1.815 Fälle sexueller Gewalt zugerechnet. 73 Prozent der Opfer waren Frauen, 25 Prozent Kinder und 2 Prozent Männer. Im Ostkongo sollen in einigen Fällen Massenvergewaltigungen als Kriegswaffe eingesetzt worden sein, um die Zivilbevölkerung für ihre mutmaßliche Zusammenarbeit mit dem Feind zu bestrafen. Im Untersuchungszeitraum sei ein langsamer aber ständiger Fortschritt bei der Verfolgung von Verbrechen sexueller Gewalt festzustellen. Von Juli 2011 bis Dezember 2013 sei es zu 187 Verurteilungen von Fällen sexueller Gewalt, meist Vergewaltigungen, durch Militärgerichte gekommen. 73 Prozent (136) der Verurteilten waren Militärangehörige, davon 3 höhere Offiziere. Mehrere höherrangige Offiziere würden gegenwärtig strafrechtlich verfolgt. Weitere 17 Prozent (32) der Verurteilten seien Angehörige der Polizei und 2 Prozent (4) Angehörige bewaffneter Gruppen gewesen. Die Verurteilten erhielten Gefängnisstrafen zwischen 10 Monaten und 20 Jahren.

Zentralafrikanische Republik

Erneute Gewalt mit 30 Toten

Am 08.04.14 wurden nach Polizeiangaben in der Stadt Dekoa (300 km nördlich von Bangui) bei Angriffen der christlichen Anti-Balaka-Milizen gegen die muslimischen Seleka-Rebellen 30 Zivilisten getötet und zehn verletzt.

UN beschließt Blauhelm-Einsatz

12.000 Soldaten sollen ab September in der Zentralafrikanischen Republik für Stabilität sorgen. Die von Frankreich vorgelegte Resolution wurde vom UN-Sicherheitsrat angenommen.

Kenia

Razzien unter Somali

Einem Regierungsvertreter zufolge haben kenianische Sicherheitskräfte im Rahmen ihres Vorgehens gegen Islamisten unter der Bezeichnung „Operation Usalama Watch“ in Nairobi und Mombasa seit dem 02.04.14 fast 4.000 Somali festgenommen. Laut einem Polizeisprecher wurden 3.000 Personen meist vorübergehend festgenommen und überprüft. 467 von ihnen bleiben für Nachforschungen in Haft. Mehrere hundert Somali werden im Kasarani-Stadion in Nairobi festgehalten. Laut Human Rights Watch kam es glaubhaften Berichten zufolge zu Misshandlungen Festgenommener, auch sei von manchen Geld erpresst worden. 82 Somali ohne Papiere wurden am 09.04.14 nach Somalia abgeschoben.

Somalia

Zwei Mitarbeiter der UN erschossen

Am 07.04.14 erschossen Unbekannte auf dem Flughafen der zentralsomalischen Stadt Galkayo zwei Mitarbeiter des Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung der Vereinten Nationen (UNODC).

Mehrere Tote bei Anschlägen

Am 08. und 09.04.14 verübten Unbekannte in Mogadischu mehrere Anschläge. Im Stadtteil Wardhigley töteten sie am 08.04.14 einen Koranlehrer. Im Viertel Hawl Wadag wurde ein somalischer Geheimdienstmitarbeiter durch Schüsse verletzt. Der Bezirkssekretär des Stadtteils Wadajir starb am 09.04.14 bei der Explosion einer Autobombe.

In Beled Hawo in der Region Gedo erschossen am 09.04.14 Unbekannte einen Stammesältesten.

Am 10.04.14 beschossen Unbekannte die Baustelle der türkischen Botschaft in Mogadischu mit Raketen. Drei Bauarbeiter wurden verletzt, unter ihnen zwei türkische Staatsangehörige.

Kämpfe zwischen al-Shabaab und AMISOM/SNA

Bei Kämpfen zwischen Einheiten der AMISOM bzw. der somalischen Armee (SNA) mit al-Shabaab-Angehörigen nach einem Hinterhalt der Islamisten nahe El Bur in der Regio Galguduud sollen am 10.04.14 elf Menschen ums Leben gekommen sein, unter ihnen sechs Kämpfer der al-Shabaab.

Mitarbeiter einer Hilfsorganisation befreit

Kenianische AMISOM-Kräfte gaben am 11.04.14 bekannt, dass ihnen gelungen sei, nahe Dhobley in der Region Lower Juba zwei Mitarbeiter einer kenianischen Hilfsorganisation aus den Händen der al-Shabaab zu befreien. Die beiden Männer, die sich im kenianisch-somalischen Grenzgebiet im Einsatz befanden, waren im September 2011 entführt worden.

Sudan

Humanitärer Notstand

In Sudan benötigen nach Schätzung der Vereinten Nationen im Jahr 2014 mit 6,1 Mio. etwa 40 % mehr Menschen Hilfe als im Vorjahr. Von den für Sudan dieses Jahr benötigten Hilfszahlungen in Höhe von 995 Mio. USD seien bisher erst 3 % eingegangen. Allein in Darfur hätten nach Angaben der UN im Jahr 2013 so viele Menschen ihr Zuhause verloren wie in keinem anderen Jahr seit 2004. In den ersten Monaten des Jahres 2014 seien mehr als 200.000 Flüchtlinge hinzugekommen.

UN-Vertreterin ausgewiesen

Am 09.04.13 wies die sudanesishe Regierung die Vertreterin des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) aus. Nach Angaben eines Sprechers des Außenministeriums habe sie Gesetze nicht befolgt und sich in die inneren Angelegenheiten eingemischt.

Serbien

Roma die am meisten diskriminierte Volksgruppe

Die Roma sind nach Schätzung der serbischen Gleichberechtigungs-Beauftragten nach wie vor die am meisten diskriminierte Volksgruppe in Serbien, auch wenn sich die Situation in den vergangenen Jahren gebessert hat. Nach Angaben des Innenministeriums wurden im Vorjahr 33 ethnisch motivierte Zwischenfälle registriert, bei denen Roma die Opfer waren. Entsprechend der Volkszählung 2011 beläuft sich die Zahl der Roma auf 147.000, in den Gemeinden wird allerdings aufgrund von Schätzungen von fast doppelt so hohen Zahlen ausgegangen.

Zum Internationalen Tag der Roma (8. April) haben zahlreiche Organisationen auf die alltägliche Diskriminierung und zunehmende Gewalt gegenüber Roma in Europa aufmerksam gemacht, so Amnesty International.

EJR Mazedonien

Präsidentenwahl – Amtsinhaber Ivanov muss in die Stichwahl

Am 13.04.14 fanden Präsidentenwahlen statt. Amtsinhaber Gjorge Ivanov von der regierenden nationalkonservativen VMRO-DPMNE (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit) erreichte in der ersten Runde zwar eine überraschend klare Mehrheit von rund 52 %, dennoch ist am 27.04.14 eine Stichwahl nötig, da im ersten Wahlgang nur gewählt ist, wer über 50 % der Stimmen aller Wahlberechtigten erreicht. Auf den zweiten Platz kam der Kandidat der oppositionellen Sozialdemokraten (SDSM), Stevo Pendarovski. Er erreichte knapp 37 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 48 %.

Zusammen mit der Stichwahl wird es eine vorgezogene Parlamentswahl geben. Dabei rechnet man mit einem Sieg des nationalkonservativen Regierungschefs Nikola Gruevski von der VMRO-DPMNE.

Der gesamte Wahlkampf dreht sich um die schwierige Wirtschaftslage. Die Arbeitslosenrate liegt bei mehr als 25 Prozent. Gruevski ist mit Unterstützung der mitregierenden Albanischen Demokratischen Integrationsunion (DUI) seit 2011 im Amt. Ethnische Albaner machen etwa ein Viertel der mazedonischen Bevölkerung aus.

Russische Föderation

Demonstration in Moskau für Pressefreiheit

Etwa 5000 Menschen haben, begleitet von einem großen Polizeiaufgebot, in Moskau am 13.04.14 für mehr Pressefreiheit in Russland demonstriert. Die Teilnehmer warfen der Regierung vor, gegen unabhängige Medien vorzugehen, um eine Debatte über die Krise in der benachbarten Ukraine zu ersticken. Das regierungstreue Fernsehen hatte die neue pro-westliche Regierung in Kiew als „faschistische Junta“ dargestellt, die von Washington kontrolliert werde und russischsprachige Menschen im Osten der Ukraine unterdrücken wolle. Auf Spruchbändern der Demonstranten standen Parolen wie „Gebt uns unsere Meinungsfreiheit zurück“ und „Schande über die lügenden Medien“. Mit dem Spruch „Wir lieben TV Doschd“ wurde auf den von der Schließung bedrohten größten oppositionellen Fernsehsender Russlands hingewiesen. Einige der Teilnehmer der Demonstration, die als „Marsch der Wahrheit“ bezeichnet wurde, trugen blau-gelbe ukrainische Flaggen. Der Kreml hatte erklärt, er zensuriere nicht und übe auch keinen Druck auf Medien aus. Menschenrechtsorganisationen werfen Russland regelmäßig Eingriffe in die Presse- und Meinungsfreiheit vor. Die Behörden sperrten oft auch den Zugang zu kritischen Internetseiten.

Ukraine

Kiew geht gegen Separatisten in der Ost-Ukraine vor

Am 12./13.04.14 hat sich die Lage in der Ost-Ukraine zugespitzt. In Slawjansk hatten pro-russische Aktivisten am 12.04.14 Kontrollposten um die Stadt errichtet und das Polizeipräsidium sowie die Zentrale des Geheimdienstes gestürmt. Auf dem Rathaus hissten die Besetzer die russische Flagge. Durch den Einsatz von Tränengas und Rauchgranaten wurden mindestens drei Menschen verletzt. Aktivisten sollen in Slawjansk Hunderte Waffen erbeutet haben. Auch in anderen Städten der Ost-Ukraine war die Lage eskaliert. In Kramatorsk hätten Aktivisten nach einem Schusswechsel die Polizeizentrale eingenommen, teilte die Regierung in Kiew mit. Dabei soll es mindestens einen Verletzten gegeben haben. Eine organisierte Einheit von mehr als 20 Männern in identischen Tarnuniformen stürmte das Gebäude mit automatischen Waffen. Sie seien mit mindestens zwei Bussen vorgefahren. Videoaufnahmen zeigten, wie die Männer Befehle von einem Kommandeur empfangen und auf dem Weg zu dem Gebäude Schüsse abfeuerten. In Donezk trat der Polizeichef zurück und gab damit dem Druck der Demonstranten nach, die mehrere Verwaltungsgebäude in der Industriemetropole besetzt halten.

Der ukrainische Übergangspräsident Alexander Turtschinow hat die pro-russischen Separatisten ultimativ aufgefordert, bis zum Morgen des 14.04.14 ihre Waffen niederzulegen und die besetzten Verwaltungsgebäude zu verlassen. Er warf Russland vor, einen Krieg gegen sein Land zu führen. Turtschinow kündigte außerdem einen großen „Anti-Terror-Einsatz“ an, um den Unruhen im Osten des Landes ein Ende zu bereiten. Dabei soll auch die Armee eingesetzt werden. Die pro-westliche Führung in Kiew hatte zuvor bereits das Vorrücken von Spezialeinheiten angeordnet, nachdem bewaffnete Gruppen im ostukrainischen Slawjansk und in anderen Städten mehrere Verwaltungsgebäude besetzt hatten. In Slawjansk gab es am 13.04.14 bei Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und pro-russischen Separatisten mehrere Tote und Verletzte. Nach Informationen der ARD hätten Militärhubschrauber Spezialeinheiten in der Stadt abgesetzt, die sich heftige Kämpfe mit den Separatisten lieferten. Auf pro-russischer Seite sollen sog. Berkut-Einheiten gekämpft haben. Die Berkut war eine paramilitärische Spezialtruppe unter dem Ex-Präsidenten Viktor Janukowitsch. Nach dem Machtwechsel war ihre Auflösung verfügt worden.

Georgien/Moldawien

Kurs Richtung EU bekräftigt

Trotz des russischen Drucks auf die Ukraine wollen die ehemaligen Sowjetrepubliken Moldawien und Georgien an ihrer schnellen Annäherung an die EU festhalten. „Wir werden das EU-Assoziierungsabkommen spätestens im Juni 2014 unterzeichnen“, sagte der moldawische Ministerpräsident Iurie Leanca am 10.04.14 bei einem Besuch in Berlin. Auch die georgische Außenministerin Maia Panjikidze betonte am 10.04.14 in Berlin nach einem Treffen mit Bundesaußenminister Steinmeier, dass ihr Land das Abkommen spätestens im Juni 2014 unterzeichnen werde. „Ich habe dem Außenminister versichert, dass Georgien unter keinen Umständen von diesem Plan abweicht“, sagte sie. Die Verträge sehen einen deutlich besseren Zugang zum EU-Binnenmarkt vor. Damit betonen beide Länder der sog. östlichen Partnerschaft der EU, dass sie an ihrem Westkurs trotz russischer Kritik festhalten wollen und sich langfristig an die EU annähern möchten, verbunden mit einer EU-Beitrittsperspektive.

Indien

Vergewaltiger zum Tode verurteilt

Ein Gericht in Mumbai hat drei Männer wegen mehrfacher Vergewaltigung zum Tode verurteilt. Sie hatten im vergangenen Jahr zwei Frauen überfallen und sexuell missbraucht. Es ist das erste Mal seit der Verschärfung der Gesetze vor einem Jahr, dass Täter wegen mehrfacher Vergewaltigung in Indien die Höchststrafe erhalten. Die härteren Strafen für Sexualtäter waren nach der Gruppenvergewaltigung in einem Bus in Neu-Delhi verabschiedet worden, die das Land aufschreckte und zu zahlreichen Protesten führte. „Es darf keinerlei Toleranz für solche Verbrechen geben“ und „Es muss eine laute und klare Botschaft an die Gesellschaft gesandt werden“, hieß es in der Urteilsbegründung. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

In Indien werden pro Jahr ca. 130 Todesurteile verhängt, aber nur selten vollstreckt. So wurden erstmals nach 2004 im November 2012 bzw. im Februar 2013 zwei Personen (muslimische Terroristen) hingerichtet.

Mehrere Tote bei Anschlägen

Maoistische Rebellen haben bei zwei Anschlägen mindestens 14 Menschen getötet. Unter den Opfern der Angriffe im Unionsstaat Chhattisgarh sind nach Angaben der Behörden Wahlhelfer und paramilitärische Sicherheitskräfte. In beiden Fällen waren Landminen unter Fahrzeugen explodiert. Die Aufständischen hatten zum Boykott der laufenden Parlamentswahl aufgerufen und bereits im Wahlverlauf 2009 rund 50 Personen getötet.

China

Urteil gegen prominenten Bürgerrechtler bestätigt

Am 11.04.14 bestätigte ein Gericht in Peking die am 26.01.14 gegen Xu Zhiyong, den bekanntesten Vertreter der „Bewegung neuer Bürger“ (auch: „Neue Bürgerbewegung“), verhängte vierjährige Haftstrafe. Die Bewegung ist gegen Ungerechtigkeit, Korruption und Machtmissbrauch aktiv. U.a. hatte sie Parteifunktionäre aufgefordert, ihre Vermögensverhältnisse offenzulegen.

Myanmar

Situation im Rakhine State

Nach den Angriffen eines Mob auf ihre Niederlassungen Ende März 2014 zogen internationale Hilfsorganisationen ihre Mitarbeiter aus dem Rakhine State ab. In einer Mitteilung vom 07.04.14 warnte Sonderberichterstatter Tomás Ojea Quintana vor einer sich verschlechternden Menschenrechtslage dort. Die Organisationen hätten lebenswichtige humanitäre Hilfe geleistet. Insbesondere die Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der 140.000 in Lagern lebenden Binnenvertriebenen (mehrheitlich muslimische Rohingya) sowie von etwa 700.000 vulnerablen Personen seien schwerwiegend.

Wie ein Regierungsvertreter des Rakhine State Anfang April mitteilte, dürfen Hilfsorganisationen nach dem 21.04.14 wieder in den Rakhine State zurückkehren. Voraussetzung sei allerdings eine jeweilige Neuverhandlung der Ausgestaltung ihres Engagements.

Waffenstillstandsverhandlungen

Anlässlich von Verhandlungen vom 05. bis 08.04.14 einigten sich Vertreter bewaffneter ethnischer Rebellengruppen, der Regierung und des Militärs auf einen ersten gemeinsamen Entwurf einer landesweiten Waffenstillstandsvereinbarung. Bislang bestehen 14 separate bilaterale Vereinbaren zwischen der Regierung und Rebellengruppen. Über den Entwurf soll im Mai weiter verhandelt werden und nach einer Unterzeichnung ein politischer Dialog folgen.

Trotz der Verhandlungen kommt es insbesondere zwischen dem Militär und der Kachin Independence Army der ethnischen Gruppe der Kachin weiterhin zu Kampfhandlungen, zuletzt am 10.04.14 im südlichen Kachin State an der Grenze zu China.

Nordkorea

Kim Jong Un an der Staatsspitze bestätigt

Einen Monat nach der staatlich gelenkten Parlamentswahl bestätigte die Oberste Volksversammlung wie erwartet Machthaber Kim Jong Un an der Staatsspitze. Kim wurde auf der konstituierenden Sitzung der Versammlung zum ersten Vorsitzenden der Nationalen Verteidigungskommission gewählt. Der Zusatz „erster“ Vorsitzender ist wichtig, weil der im Dezember 2011 verstorbene Vater Kim Jong Uns, Kim Jong Il, offiziell weiter als „Vorsitzender“ des mächtigsten Gremiums im Land amtiert. Kim Jong Un ist wie sein Vater gleichzeitig Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Generalsekretär der Koreanischen Arbeiterpartei.